

Max Fuchs

Macht Politik - Die Macht der Politik

Vortrag bei dem Internationalen Spielmobil-Kongress „Macht-Spiele“ am 28.9.2018 in Bayreuth

Teil 1: Spiel und Bildung

Es lohnt sich immer, die Wurzeln und die Geschichte der Begriffe und Worte zu betrachten, die man verwendet. Dies trifft auch in unserem Fall zu. So findet man bei dem Begriff der Macht naheliegenderweise den Bezug zu machen, aber auch den Hinweis auf die Fähigkeit, über etwas zu verfügen.

Im Hinblick auf „Machen“ werden Begriffe wie Können, Formen, Bildung und fähig sein genannt. Bei dem Aspekt des Verfügens geht es insbesondere um die Gestaltung von Zukunft. Beide Wortwurzeln liegen also näher an den Begriff der Bildung, als man vielleicht ursprünglich gedacht hat. Denn es geht um die Entwicklung von individuellen Fähigkeiten, insbesondere um solche Fähigkeiten, die notwendig sind, um sein Leben gestalten zu können.

Ich erinnere daran, dass das Bundesjugendkuratorium vor einigen Jahren vorgeschlagen hat, zur Präzisierung des Bildungsbegriffs den Begriff der Lebenskompetenz zu verwenden (Münchmeier 2002). Offensichtlich schließt eine solche Lebenskompetenz die genannten Fähigkeiten und Aktivitäten ein: Es geht darum, in der Lage zu sein, sein Leben in der Gegenwart und auch in der Zukunft weitgehend selbstbestimmt gestalten zu können (Fuchs 2016). Damit ist ein wichtiges Bestimmungsmoment des Bildungsbegriffs - gerade in Verbindung mit Spiel - genannt. Denn Bildung meint in dieser Perspektive die Eroberung von Welt. Genau dies geschieht im Aufwachsen von Menschen auf spielerische Weise. Man probiert sich aus, man entwickelt hierbei Fähigkeiten und Kompetenzen, man lernt dabei die Welt und sich selbst kennen. In einer philosophischen Terminologie spricht man von der Entwicklung von Weltverhältnissen, wobei zu beachten ist, dass mit jedem weiteren Stück der Welt Eroberung auch eine Entwicklung der individuellen Fähigkeiten verbunden ist: Weltverhältnisse und Selbstverhältnisse verhalten sich komplementär zueinander. Da dies so ist, kann man Spiel und Bildung kaum voneinander trennen (Fuchs 2017a).

Eine solche Auffassung von Bildung ist überhaupt nicht neu. Man findet sie bereits bei den Gründungsvätern des zeitgenössischen Bildungsbegriffs, etwa bei Wilhelm von Humboldt. Interessanterweise hat Humboldt als jüngerer Mann seinen Bildungsbegriff in einer staatstheoretischen Schrift („Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“) entwickelt. Auch dies belegt den engen Zusammenhang von Bildung und Macht.

Schaut man sich weiter um, stellt man - vielleicht überrascht - fest, dass kaum ein Staatstheoretiker darauf verzichtet hat, sich darüber auszulassen, wie die Menschen beschaffen sein sollen, die die jeweilige Konzeption von Staat auch realisieren können. Politik und Pädagogik waren immer schon zwei Seiten derselben Medaille (Fuchs 2017b). Dies gilt auch für Wilhelm von Humboldt: Wenn Macht etwas damit zu tun hat, etwas zu machen, etwas

zu formen und zu etwas fähig zu sein, wenn Bildung wiederum dazu notwendig ist, sich entsprechend in die Gestaltung des Gemeinwesens einzumischen, dann hat man es nicht nur hier mit einem emanzipatorischen Bildungsbegriff zu tun, es wird auch schwer fallen, die Gemeinsamkeit von Bildung und Politik zu übersehen: Bildung hat immer schon eine starke politische Dimension.

Dieser Aspekt findet sich sogar schon 150 Jahre früher bei dem Begründer einer wissenschaftlichen Pädagogik. So veröffentlichte der tschechische Philosoph und Pädagoge Johan Comenius (Komensky) nach dem 30-jährigen Krieg in der Mitte des 17. Jahrhunderts seine „Große Didaktik“ mit dem damals revolutionären Slogan: Bildung für alle.

Revolutionär war dieser Slogan, weil in dieser Hochzeit eines Ständestaates und einer absolutistischen Regierungsform niemand daran gedacht hätte, im Kontext von Mädchen, von Kindern armer Leute, von Leibeigenen, Bauern, Tagelöhnern oder Handwerkern den Begriff der Bildung zu verwenden. „Bildung für alle“ ist also eine genuin demokratische Forderung, wobei zu berücksichtigen ist, dass sich die Demokratie in unserem Verständnis erst erheblich später entwickelt hat.

Der Zeitgenosse von Comenius, Francis Bacon, lancierte diese Forderung von Comenius mit seiner Erkenntnis: „Wissen ist Macht“. Das wussten auch die damals Herrschenden (und sie wissen es bis heute), weswegen man bei dem Aufbau eines flächendeckenden Bildungssystems immer berücksichtigt hat, welche Bevölkerungsgruppe was für einen Zugang zu welcher Bildung haben soll (Alt 1978). Man spricht von einem Bildungsmonopol als zentralem Prinzip bei der Entwicklung des Schulsystems. Auch unser heutiges mehrgliedriges Schulsystem lässt dieses Prinzip leicht erkennen, obwohl man sich öffentlich stets dafür ausspricht, den Grundsatz des Comenius, nämlich Bildung für alle, sicherzustellen und realisieren zu wollen.

Möglicherweise kennen - gerade im Kulturbereich - mehr Menschen den Slogan „Kultur für alle“, den Hilmar Hoffmann in den 1970er Jahren propagiert hat. Wenn man berücksichtigt, dass Bildung und Kultur erst Ende des 18. Jahrhunderts als wichtige Begriffe in der deutschen Sprache anerkannt und bis tief ins 19. Jahrhundert hinein synonym verwendet wurden, dann kann man durchaus behaupten, dass Comenius schon im 17. Jahrhundert diesen aktuellen kulturpolitischen Slogan vorweggenommen hat.

Der oben angesprochene emanzipatorische Charakter des Bildungsbegriffs ist eng verbunden mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Es ging darum, eine neue Gesellschaftsordnung zu entwickeln, die den herkömmlichen Ständestaat ablösen sollte. Insbesondere wollte das Bürgertum nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern auch in politischer Hinsicht die Gesellschaft mitgestalten. Es gehört zu den Versprechungen der Moderne, dass jeder Mensch nicht mehr aufgrund seiner Geburt, sondern aufgrund seiner Leistung einen Platz in der Gesellschaft bekommen solle. Zu dieser Leistungsorientierung gehört die individuelle Bildung dazu, sodass Goethe zu Recht davon sprechen konnte, dass Bildung der „Adelsschlag des Bürgertums“ sei.

Auf die Verbindung zwischen Bildung, Macht und Spiel war immer schon bekannt. Natürlich muss man im Kontext der Spielmobile das berühmte Zitat von Friedrich Schiller, einem Freund von Wilhelm von Humboldt, erwähnen, dass der Mensch nur dort Mensch sei, wo er spielt. Dies ist eine anthropologische Aussage, die zu Zeiten von Schiller noch ausgesprochen spekulativ war. Heute lassen sich viele wissenschaftliche Belege, etwa im Kontext der evolutionären

Anthropologie, so wie sie in dem entsprechenden Max-Planck-Institut in Leipzig (Michaela Tomasello) betrieben wird, anführen: Der Mensch ist ein aktives und tätiges Wesen, das mit Neugierde ausgestattet ist, spielerisch die Welt und sich selbst zu erobern. Es geht um ein Spiel mit Farben, mit Bewegungen, mit dem eigenen Körper, es geht aber auch um ein Spiel mit anderen Menschen und mit Gegenständen. Fantasie ist ein wesentliches Moment in dieser Tätigkeitsform.

Schiller stimmt auch in politischer Hinsicht mit seinem Freund Humboldt überein. Denn zu Recht gilt Friedrich Schiller als Freiheitsdichter (und wurde aus diesem Grund auch zum Ehrenbürger der französischen Republik nach der Revolution). Hier ist es insbesondere die Schrift „Briefe zur ästhetischen Erziehung“ aus dem Jahre 1795 zu nennen, die keineswegs eine Methodik-Didaktik der Künste enthalten, sondern in denen Schiller auf der Basis einer massiven Kritik der damaligen Kultur und Gesellschaft eine politische Vision entwickelt: In einer ästhetischen und spielerischen Praxis in einem von der Gesellschaft und ihren Zwängen abgeschirmten Raum sollen die Menschen Freude an einer freiheitlichen Gestaltung erleben. Schiller formuliert die Vision, dass diese Lust an Freiheit dann aus dieser abgegrenzten Oase auch auf die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse übertragen wird.

Wenn man heute also - gelegentlich sogar in Abgrenzung von dem Begriff der kulturellen Bildung - lieber von einer ästhetischen oder sogar künstlerischen Bildung spricht, dann darf man sich nicht auf Schiller beziehen, wenn man darunter eine gesellschafts- und politikabgewandte Aktivität versteht.

Man erinnere sich, dass der Begriff der kulturellen Bildung in den 1960er und 1970er Jahren auch aus einem politischen Grund eingeführt worden ist: Man suchte nach einem Alternativbegriff für den ideologischen und daher problematisch gewordenen Begriff der musischen Bildung. Denn in einer kritischen Aufarbeitung der eigenen Geschichte stellte man fest, dass viele Vertreter der musischen Bildung in der Weimarer Republik eine größere Affinität zu den Nationalsozialisten hatten oder zumindest viele problematische Denkansätze und Stichwörter lieferten, die die Nationalsozialisten später für ihre Zwecke ausnutzen konnten. Mit dem Begriff der kulturellen Bildung wollte man dieser politischen Vereinnahmung entgegenwirken und ein klares Bekenntnis zu einer demokratischen Grundordnung artikulieren.

Dieser kurze historische und begriffsgeschichtliche Exkurs zeigt, dass es bei Bildung und speziell bei kultureller Bildung auch um politisches Lernen geht. Er zeigt zudem, dass Spielen immer schon in diesen emanzipatorischen Kontext menschlicher Entwicklung gehört. Diesen politischen Aspekt von Spiel und Spielen will ich in einem weiteren Teil etwas vertiefen.

Teil 2: Spiel und Politik

Ich gehe von einem weiten Politikbegriff aus, der jede Regelung des sozialen Zusammenlebens von Gruppen erfasst. Es geht um die Organisation des gemeinsamen Überlebens, geht um die Festlegung von Regeln, ihre Überprüfung, ihre mögliche Veränderung, falls diese nicht mehr angemessen sind für die zu bewältigenden Situationen und es geht schließlich auch darum, die Einhaltung der Regeln zu überprüfen und Verstöße mit Sanktionen zu belegen.

Bereits diese Beschreibung zeigt, dass auch das Spielen in Gruppen eine politische Aktivität

ist. Denn auch hierbei gibt es ausgesprochene oder nicht ausgesprochene Regeln, gibt es die Notwendigkeit, das gemeinsame Handeln zu koordinieren, entsteht eine Empörung, wenn Mitspieler bewusst oder unbewusst gegen Regeln verstoßen.

Man unterscheidet heute bei einem modernen Staat drei Gewalten: die Legislative, die sich um die Formulierung von Gesetzen kümmert, die Exekutive, die die Gesetze ausführt, und das Rechtswesen, das die ordnungsgemäße Ausführung dieser Gesetze kontrolliert und bei dem man sich beschweren kann, wenn man Verstöße findet.

Offensichtlich findet man alle drei Elemente auch im Spiel, sodass man dieses als Mikrokosmos der Politik betrachten kann. Es gibt allerdings auch viele Spiele, die bewusst und gezielt eine politische Absicht haben. Wenn man etwa mit einer Kindergruppe spielerisch die eigene Stadt im Hinblick darauf erkundet, an welchen Stellen sie den Interessen der Kinder dient oder ihnen entgegensteht, wenn man die Ergebnisse dokumentiert und dem Stadtrat vorliegt, dann handelt es sich offensichtlich um einen Akt politischer Einmischung.

Nun gehört Spiel nicht bloß in den pädagogischen Kontext. Ich selbst hatte in meinem Mathematik-Studium mit Ewald Burger im Bereich der mathematischen Logik einen akademischen Lehrer, der zugleich das damals verbreitetste Buch über mathematische Spieltheorie veröffentlicht hat. Theorie des Spiels ist also nicht bloß Gegenstand erziehungswissenschaftlicher Reflexionen, sondern sie wird auch in ganz anderen Feldern betrieben und genutzt. Ein Beispiel, an das sich vielleicht noch viele erinnern, ist die Finanzkrise Griechenlands. Griechenland hatte in seiner Auseinandersetzung mit der Troika (Europäische Union, Internationaler Währungsfonds und Europäische Zentralbank) ausgesprochen schlechte Karten, denn natürlich war die reale ökonomische und finanzpolitische Situation desaströs. Viele erinnern sich in diesem Zusammenhang sicherlich noch an den damaligen griechischen Finanzminister Vanouflakis, über den sich insbesondere Wolfgang Schäuble als deutscher Finanzminister und graue Eminenz der Verhandlungen mit Griechenland ständig geärgert hat. Vanouflakis ist als Ökonom Anhänger der Spieltheorie und man kann zeigen, dass er versucht hat, trotz seiner schlechten Karten spieltheoretisch das Beste für sein Land heraus zu holen.

Auch dies ist nicht neu, denn einer der Begründer der modernen Politiktheorie, der Florentiner Nikolo Machiavelli, ist berühmt geworden durch seine Bücher, in denen er die Machtspiele sehr präzise beschrieben hat: nämlich die Tätigkeiten und Verhaltensweisen, die notwendig sind, die Macht zu erringen und auf Dauer zu erhalten.

Dabei muss es noch nicht einmal um große Staaten gehen, solche Machtspiele finden sich auch in jedem Verein. So hatte ich vor Jahren eine kleine Schrift vorgelegt unter dem Titel: Machiavelli im Musikverein, denn in jedem Verein gibt es geschickte Taktiker, die die von Machiavelli beschriebenen Verhaltensweisen auch dann anwenden, wenn sie dessen Schriften gar nicht gelesen haben.

Was hat all dies mit Pädagogik zu tun? Zum einen findet Pädagogik meist in sozialen Kontexten statt, sodass der oben skizzierte weite Begriff von Politik, nämlich die Regelung sozialer Zusammenhänge, auch hierbei unmittelbar gilt. Pädagogik ist jedoch auch in einer weiteren Hinsicht relevant. Denn es geht darum, dass sich der Mensch einbringt in soziale Kontexte, dass er den Mut dazu hat, dass er die richtigen Argumente findet, mit denen er andere überzeugen kann. D.h. er braucht eine Reihe persönlicher Dispositionen, etwa Vertrauen zu

sich selbst, die Bereitschaft, sich Wissen anzueignen und an andere weiterzugeben, die Fähigkeit zur Kommunikation und zu überzeugen. All dies sind Dispositionen, von denen wir behaupten, dass sie im Bereich der kulturellen Bildung und natürlich auch im Bereich des Spieles erworben werden. Es geht um die Entwicklung von Selbstbewusstsein, um die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, um Gestaltungsfähigkeit, um soziale und kommunikative Kompetenzen, es geht um Fantasie.

Zur Zeit gibt es einen Streit darüber, ob und inwieweit man politische von kultureller Bildung abgrenzen soll. Meinetwegen kann man davon sprechen, dass es bei all diesen genannten Kompetenzen um einen „vopolitischen“ Raum ginge. In jedem Fall sind die Fähigkeiten und Kompetenzen, die man im Bereich der kulturellen Bildung erwirbt, die Basis dafür, dass man erfolgreich politisch intervenieren kann: *Spielen vermittelt in diesem Sinne auch politische Bildung.*

Was bedeutet dies bei dem zur Zeit aktuellen Thema des Rechtspopulismus?

3: Rechtspopulismus und kulturelle Bildung

Man sollte nicht glauben, dass durch Spielen im Selbstlauf demokratische Ziele verwirklicht werden. Spiel teilt in diesem Zusammenhang das Schicksal mit Kunst, dass es nämlich für alle möglichen Zwecke angewandt werden kann. Ich erinnere nur an den ständigen Missbrauch des Spielbegriffs im Kontext des Sports, hier: in Bezug auf die Olympischen Spiele im Jahr 1936. Es hatten sich prominente Künstlerinnen und Künstler wie etwa Mary Whigman und Rudolf von Laban bereit erklärt, die Choreografie für die Eröffnung der damaligen Olympischen Spiele zu realisieren. Diese Affinität zum Nationalsozialismus war dabei keineswegs neu in der Kunst. So gibt es viele Vertreter des Expressionismus wie etwa Gottfried Benn, die große Sympathien für den Nationalsozialismus gezeigt haben.

Im Bereich der politischen Bildung hat man sich daher auf bestimmte Handlungsprinzipien festgelegt („Beutelsbacher Konsens“), zu denen unter anderem das „Überwältigungsverbot“ gehört. Nun gehört zur Wirksamkeit des Spielens und der Künste, dass man Menschen in ideologischer Hinsicht manipulieren kann. Das bedeutet für den pädagogischen Bereich, dass man klare demokratische Werte und Ziele braucht, an denen sich die pädagogischen Interventionen orientieren: *Spielen als Bildung braucht eine Werteorientierung.*

Dies gilt insbesondere für die zur Zeit werdende Virulenz des Rechtspopulismus. Ich will daher einige Hinweise zu der in der Pädagogik erst beginnenden Diskussion über diese politische Entwicklung geben (eine umfangreiche Studie ist in Vorbereitung: Fuchs 2019). Zunächst einmal muss man feststellen, dass es nicht nur in Deutschland, sondern in vielen anderen Ländern (Ungarn, Polen, Holland, Österreich, Italien, Schweden, Dänemark, USA etc.) zu einem deutlichen Rechtsruck gekommen ist. Man stellt bei Befragungen und bei Wahlentscheidungen fest, dass offensichtlich die Akzeptanz der politischen Ordnung schrumpft. In einigen Ländern findet sich noch nicht einmal mehr eine Mehrheit in der Bevölkerung zugunsten der parlamentarischen Demokratie. Selbst in Ländern, die eine starke egalitäre Tradition haben wie etwa Dänemark oder Schweden, erringen Rechte einen immer größeren Anteil an Sitzen im Parlament, sodass die Befürchtung entsteht, dass sie - wie in

Österreich - sogar an der Regierung beteiligt werden müssen.

Man kann sich daher fragen, wie es zu dieser Bewegung gekommen ist. Insbesondere kann man fragen, was es für Menschen sind, die diese rechten Parteien wählen. In den Medien sieht man oft bei entsprechenden Demonstrationen Betrunkene, die Naziparolen brüllen, sodass der Eindruck entstehen könnte, dass es nur eine bestimmte Gruppe von Menschen ist, die zudem am Rande der Gesellschaft steht. Dies ist nicht der Fall. Es gibt inzwischen Untersuchungen (etwa von Cornelia Koppetsch), die zeigen, dass es zwar auch diese randständigen und von der ökonomischen Entwicklung abgehängten Menschengruppen gibt: Sympathien für rechtes Denken gibt es allerdings auch sehr stark in der Mitte der Gesellschaft. Welche Gründe haben also Menschen mit einer guten Bildung, die sich zum Teil sogar in einer guten wirtschaftlichen Lage befinden, rechten Parteien zuzustimmen.

Eine erste Feststellung besteht darin, dass selbst diejenigen, die am lautesten rechte Parolen brüllen, Gründe für ihre Einstellung angeben können: Es seien Ausländer, die die Arbeitsplätze wegnehmen, es ginge um eine befürchtete Machtergreifung des Islams in Deutschland, es ginge um die Zerstörung kultureller Traditionen. Eine größere Rolle spielen auch Verschwörungstheorien.

Auch wenn man diese Gründe nicht für stichhaltig hält, muss man davon ausgehen, dass dahinter eine Bemühung um „rationale“ Begründungen der eigenen politischen Position steckt. Man kann also fragen, wo diese Begründungen herkommen, welche intellektuellen Ideen- und Stichwortgeber es gibt, über welche Medien diese Argumentationsweisen verbreitet werden.

Eine Analyse des rechten Denkens muss sich weiterhin damit befassen, welche Trägergruppen man identifizieren kann, woran sich die - nicht immer völlig abwegige - Kritik an gegenwärtigen gesellschaftlichen Zuständen festmachen lässt, welche politischen Ziele verfolgt werden, welches die Chefideologen sind, welche Begründungs- und Argumentationslinien sich identifizieren lassen und welche Traditionen es gibt, an die das heutige rechte Denken anknüpft.

An dieser Stelle kann ich nur einige Hinweise geben, wobei ich mich insbesondere für solche Stichwortgeber rechten Denkens interessiere, die aus unserem eigenen Kulturbereich kommen. Gottfried Benn als prominenten Vertreter des Expressionismus habe ich schon erwähnt. Viele wissen zudem, dass Heidegger bis zum Schluss ein Gegner der parlamentarischen Demokratie, ein Antisemit und ein Befürworter nationalsozialistischen Denkens war, wie nicht zuletzt die Publikation seiner „schwarzen Hefte“ deutlich gemacht hat. Auch Thomas Mann, den viele vielleicht als Befürworter einer demokratischen Grundordnung in Erinnerung haben, der aus dem amerikanischen Exil heraus viele entsprechende Vorträge für die deutsche Bevölkerung gehalten hat, gehörte in seinen jungen Jahren zu denjenigen, die massiv gegen liberales und demokratisches Denken angegangen sind. Man lese nur einmal seine „Betrachtungen eines Unpolitischen“ aus dem Jahre 1917, in denen er geradezu eine Blaupause für alle Gegner der Weimarer Republik in brillanter Sprache vorgetragen hat: Man wollte kein westliches Denken, man wollte keine liberale Demokratie, man hielt Demokratie sogar für überhaupt nicht machbar, weil sich dann auf die Ungebildeten in die politische Gestaltung einmischen können. Man rümpfte die Nase über Politik und verachtete Politiker und kultivierte eine aristokratische Haltung. All dies findet man bei Thomas Mann, der aufgrund seiner damals schon großen Popularität zu den gefährlichsten Stichwortgebern einer antidemokratischen Haltung gezählt werden muss.

Anfang der 1920er Jahre machte er zwar eine Wende, man spricht von „Vernunft-Republikanern“, also solchen Menschen, die zwar nicht mit Herzblut Demokraten waren, sondern sich etwa die Rückkehr einer Monarchie wünschten, die aber zumindest die politische Gefahr von rechts ernst nahmen.

Auch die Pädagogik hat sich insgesamt in der Weimarer Republik nicht sonderlich mit Ruhm bekleckert. Insbesondere unser Feld, das sich schon in den 1920er Jahren als „Kulturpädagogik“ konstituierte (so nannte man die Schüler von Wilhelm Dilthey und die Vertreter der Geisteswissenschaftlichen Pädagogik), hatte in seinen prominentesten Vertretern (Spranger, Nohl, Weniger) gerade keine Befürworter, sondern Gegner der ersten Demokratie auf deutschem Boden.

Auch der Freiheitsdichter Friedrich Schiller hat einen Beitrag zu dieser antidemokratischen Geisteshaltung geleistet. Er reagierte nämlich auf den Siegeszug von Napoleon am Anfang des 19. Jahrhunderts mit der Aussage, dass möglicherweise andere Länder in militärischer Hinsicht erfolgreicher seien als die Deutschen, dass aber die Deutschen immerhin Herrscher im Bereich des Geistigen seien. Gefährlich war diese Position deshalb, weil damit einer Konzeption des Antipolitischen formuliert wurde, so wie sie sich etwa bei dem oben erwähnten Thomas Mann und seinen Betrachtungen eines Unpolitischen fanden: Man verachtete Politik und Politiker und verstand Freiheit nicht als politische, sondern lediglich als geistige Freiheit („Die Gedanken sind frei....“).

Auch heute findet man prominente Intellektuelle, die absichtlich oder unabsichtlich Argumentationen liefern, die dann von den Rechten genutzt werden und die auf diese Weise eine rechte Politik legitimieren. So formuliert etwa Rüdiger Safranski, der interessante Biografien von Schopenhauer, Nietzsche, Goethe und Schiller und kluge Beschreibungen etwa der Romantik geliefert hat: Ich will vorher gefragt werden, wenn die Kanzlerin für Geflüchtete die Grenzen öffnet, denn durch den Zustrom Geflüchteter wird die Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik gravierend verändert.

Diese Aussage wurde im rechten Kontext sehr rasch aufgegriffen und es wurde eine Verschwörungstheorie formuliert, dass es nämlich dubiose Mächte gäbe, die bewusst über eine Veränderung der Struktur der deutschen Bevölkerung den Einfluss von Deutschland reduzieren wollen. Interessanterweise spielt in dieser Argumentation auch eine Studie der Vereinten Nationen aus dem Jahre 2001 eine Rolle („Replacement Migration“), in der Bevölkerungswissenschaftler die These formulierten, dass Menschen aus bevölkerungsreichen Gegenden in solche Länder ziehen könnten, in denen die Bevölkerungszahlen schrumpfen, sodass dort aufgrund eines Mangels an Arbeitskräften die Wirtschaft auf Dauer nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Auch Verfassungsrechtler haben dieses Argument mit der bewussten Veränderung der Bevölkerungsstruktur in Deutschland aufgegriffen und daran erinnert, dass das deutsche Volk die entscheidende Basis für unsere verfassungsrechtliche Ordnung ist, sodass eine Veränderung der Zusammensetzung dieses Volkes auch in verfassungsrechtlicher Hinsicht eine hohe Relevanz hat (Deppenheuer/Grabenwarter 2017).

Man sieht an diesem Beispiel, dass durchaus Parolen, die hasserfüllt von betrunkenen Demonstrationsteilnehmern auf der Straße gebrüllt werden, eine Grundlage in anspruchsvollen intellektuellen Texten haben können. Dies war schon immer der Fall. So gab es im 19.

Jahrhundert umfangreiche Studien, die scheinbare Begründungen für die Richtigkeit rassistischer Ideologien angaben. Da diese Veranstaltung in Bayreuth stattfinden, ist etwa an den Engländer Houston Stewart Chamberlain aus dem engeren Kreis von Richard Wagner und sein infames Buch „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ zu erinnern. Das Buch selbst hat einen Umfang von über 1000 Seiten und man kann davon ausgehen, dass der größte Teil der Menschen dieses Buch im Original nie in der Hand hatte. Doch konnte man bei politischen Debatten auf der Straße auf dieses Buch als quasi wissenschaftlicher Begründung rassistischer und antisemitischer Haltungen hinweisen.

Eine weitere Komplikation im Umgang mit rechten Denken besteht in der Heterogenität der Strömungen. Es gibt keine homogene und in sich konsistente rechte Weltanschauung, sondern man findet in diesem Feld nationalistisches, völkisches, antisemitisches, islamophobes Denken. Man findet Euroskeptiker, man findet Anti-Demokraten, aber auch solche, die eine direkte Demokratie einfordern, man findet einen massiven Antikapitalismus und Antiamerikanismus, man findet aber auch klare neoliberale Positionen. Inzwischen spricht man sogar davon, dass in einigen rechten Regierungen wie etwa im Ungarn ursprünglich sozialdemokratische Ziele eines Ausbaus des Sozialstaates sehr viel intensiver verfolgt werden, als das in den Programmen sozialdemokratischer Parteien in anderen Ländern zu finden ist.

Ich gebe einige Punkte aus dem Programm einer rechten Partei wieder:

- „Als freie Bürger treten wir ein für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren wir mit unserem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.“

„Die politische Führung der großen EU-Länder will die Europäische Union um jeden Preis und gegen den Mehrheitswillen der europäischen Völker zu einem Einheitsstaat umgestalten. Wir fordern stattdessen, die Nationalstaaten zu erhalten und ihnen wieder mehr Kompetenzen zu geben.“

„Als eine weltweit anerkannte Nation und als drittgrößter Beitragszahler der Vereinten Nationen fordern wir für Deutschland einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.“

In der Sozialpolitik wird Mindestlohn befürwortet, man fordert, Kinder und Erziehungsleistungen bei sozialer Sicherung zu berücksichtigen, man will eine Arbeit, die sich auch lohnt.

In der Bildungspolitik fühlt man sich dem Humboldtschen Bildungsideal verpflichtet.

All diese Positionen finden sich im Programm der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und viele, die definitiv nicht mit der AfD sympathisieren, werden diesen genannten Punkten zustimmen.

Dies bedeutet, dass rechtes Denken zum Teil aus Überzeugung, zum Teil aber auch aufgrund einer nicht zu bestreitenden Geschicklichkeit, an realen Problemen unserer gesellschaftlichen Ordnung ansetzt, die auch von denen gesehen werden, die die AfD definitiv nicht wählen würden. Erfolgreich ist diese Strategie deshalb, weil das Unbehagen in der Bevölkerung steigt,

dass unsere etablierten Parteien und die von ihm gestellte Regierungen viele Probleme nicht sehen wollen und keine Lösungsvorschläge entwickeln. Man denke nur an den Umgang mit dem Klimawandel, an das Problem mit Dieselfahrzeugen, das seit Jahren existiert, an die Unfähigkeit oder den Unwillen, vernünftige Regulierungen im Finanzmarkt vorzunehmen. Man denke an die bewusste Vernachlässigung der Infrastrukturen im Sozial-, Verkehrs- oder Bildungsbereich. Nicht zuletzt muss man sehen, dass für die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Agenda 2010 die zentrale Ursache dafür ist, dass die soziale Schere in Deutschland immer weiter auseinander geht, sodass es kein Wunder ist, wenn es Probleme mit dem in Sonntagsreden immer wieder beschworenen sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft gibt.

Auf der Basis dieser Problemanzeigen komme ich zu folgenden vorläufigen Schlussfolgerungen:

Schlussbemerkungen

Die oben vorgetragenen Punkte aus dem Programm der AfD sollen definitiv keine Werbung für diese Partei sein, sie weisen aber darauf hin, dass sich in einer Auseinandersetzung mit dieser politischen Ausrichtung auch einige Herausforderungen an unsere Bildung ergeben. Man darf es sich schlicht und einfach nicht zu leicht machen, sondern man muss die Heterogenität im rechten Feld, die Unterschiedlichkeit der Argumentationen, die Traditionen bestimmter Argumentationsweisen und natürlich auch Gegenargumente kennen. Insbesondere hilft es nicht, also einfach die Guten (also wir) von den Bösen (also die anderen) zu unterscheiden. Man muss zudem sehen, dass es zwar in jedem Land einen harten Kern von Anhängern rechten Denkens gibt, die ein geschlossenes Weltbild haben und die man sicherlich kaum von den Vorteilen einer liberalen demokratischen Grundordnung überzeugen kann.

Allerdings gibt es viele Menschen, die aus Hilflosigkeit oder aus Protest rechte Parteien wählen, mit denen sich jedoch eine Diskussion lohnt. Dazu gehört aber auch, sich der eigenen, durchaus gelegentlich problematischen Traditionsbestände („musische Bildung“ und ihre Vertreter in der Weimarer Republik) zu vergewissern. Allzu oft findet man auch heute in Begründungen einer ästhetischen und/oder kulturellen Bildung antirationale Argumente, man redet lieber von einer Gemeinschaft als von der Gesellschaft, man verwendet unkritisch reformpädagogische Argumentationen und vergisst, dass auch Vertreter der Reformpädagogik ihren Beitrag zu der Erfolgsgeschichte der Nationalsozialisten geleistet haben.

Insbesondere muss man sich bei aller Kritik verdeutlichen, dass eine liberale parlamentarische Demokratie die geeignetste Rahmenbedingung dafür ist, sein eigenes Projekt des guten Lebens realisieren:

„Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen - abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ (Winston Churchill)

Literatur

Alt, Rober (1978): Das Bildungsmonopol. Berlin: Akademie Verlag.

Deppenheuer, Otto/Grabenwarter, Christoph (Hrsg.(2016): Der Staat in er Flüchtlingskrise.

Paderborn: Schöningh.

Fuchs, Max ((2016): Das starke Subjekt. München: Kopaed.

Fuchs, Max (2017a): Bildung und die kulturelle Entwicklung des Menschen. Weinheim/Basel: Beltz-Juventa.

Fuchs, Max (2017b): Politik und Pädagogik. München: Kopaed.

Fuchs, Max (2019a): Das gute Leben in einer wohlgeordneten Gesellschaft. Weinheim/Basel: Beltz-Juventa (i.E.).

Fuchs, Max (2019b): Wahlverwandtschaften? Rechtes Denken und ästhetische Bildung zwischen Nähe und Distanz. (i. V.).

Jörke, Dirk/Nachwey, Oliver (Hrsg.)(2017): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie. Leviathan Sonderband 32.

Münchmeier, Richard u. a. (Hrsg.)(2002): Bildung und Lebenskompetenz. Opladen: Leske und Budrich.